

Veranstaltungsbericht „The Costing of Research“, 18.1.2006, BM:BWK

Veranstalter:

BM:BWK: MR Markus Pasterk

Rektorenkonferenz: VR Sabine Herlitschka, Julia Prikoszovits

Wissenschaftsrat: Stefan Huber

Nach einer Einleitung durch die Veranstalter sprach David Westbury zum Thema „The Sustainability of Research: Lessons from the full economic costing programme in the UK“. Zunächst wurde das System der Universitätsfinanzierung im UK erläutert, in dem die Forschungsfinanzierung im wesentlichen über Fonds sowie private Geldgeber (Sponsoren) und Drittmittelprojekte finanziert wird. Im Bereich der Lehre ermöglichte die Einführung von Studiengebühren eine gewisse Kostendeckung. Es fällt auf, dass die Anzahl der Studierenden beständig wächst, die öffentliche Finanzierung pro Student jedoch zurückgeht. Die Tätigkeit der Universität vollzieht sich in einem Spannungsfeld aus staatlichen Ansprüchen an die Forschung (z.B. Beitrag zu wirtschaftlicher Entwicklung), Ansprüchen der Universität und Ansprüchen einzelner ForscherInnen. Alle diese Anforderungen indizieren immer schwierigere Rahmenbedingungen für die Finanzierung von Forschungstätigkeiten.

Vor diesem Hintergrund wurde ab 1998 in UK begonnen, ein Modell der Vollkostenrechnung zu entwickeln. Folgende Schritte wurden gesetzt:

- Erhebung der unterschiedlichen Kostenarten
- Finden einer Methode für die Berechnung indirekter Kosten
- Berücksichtigung von Abschreibungen und Zinsbelastungen
- Aufzeichnungen über die Tätigkeit des Personals
- Erhebung von Kosten von Räumlichkeiten und Verwendung derselben.

Es zeigte sich, dass es auf Seiten der Regierung keine klaren Vorstellungen über die durch Wachstum verursachten Kosten gab und dass es aufgrund von nicht strategisch abgestimmten unterschiedlichen Finanzierungsinstrumenten zu „unerwünschten Nebenwirkungen“ kam.

Vollkostenrechnung kann einen wesentlichen Beitrag zu Nachhaltigkeit liefern, wobei Beiträge dazu von den Universitäten und ihren Geldgebern kommen müssen. Im Bereich der Auftragsforschung geht es nicht nur um angemessene Kostenberechnung, sondern auch um Preisbildung. Ausgangspunkt für die Preisbildung (und damit

auch für Marktchancen) müssen immer strategische Überlegungen der Universitäten sein.

Der Beitrag des Staats muss primär darin bestehen, die Universitäten zu unterstützen, dass sie eine Vollkostenrechnung tatsächlich durchführen können und selbst als Auftraggeber Vollkosten zu zahlen.

Pierre Espinasse schilderte als zweiter Key-note-speaker „The Costing of Research – A University perspective“. Daten über die Universität Oxford belegen ein kontinuierliches Wachsen der Forschungserlöse bei gleichzeitigem Absinken des Anteils, den Erlöse von Research Councils ausmachen. Die Universität Oxford strebt Exzellenz in allen Bereichen an. Dazu scheint es erforderlich, immer mehr Forschung zu betreiben, immer mehr Personal anzustellen und die Infrastruktur immer weiter auszubauen.

Folgende Probleme wurden dabei identifiziert:

- Kein Wissen um Unterschied zwischen Preis und Kosten
- Kein Bewusstsein für die finanziellen Implikationen (institutionelle Kosten) der Einwerbung von Drittmitteln für die Universität bei den ForscherInnen
- Fehlen strategischer Planung
- Attraktivität, kurzfristig Gewinne durch Annahme von Projekten ohne Bezug zu Schwerpunkten zu erzielen

Soll eine Vollkostenrechnung eingeführt werden, sind nicht nur strukturelle Veränderungen, sondern auch Veränderungen in der Unternehmenskultur erforderlich, zumal das Personal von der Sinnhaftigkeit der mit zusätzlichen Belastungen verbundenen Maßnahmen überzeugt werden muss. Der Übergang zu Vollkostenrechnung ist ein großes Projekt, das klare Abläufe und Verantwortungen benötigt und gewisse Kosten verursacht. Kernelemente bei der Einführung sind Informationen über den Zeitaufwand der ForscherInnen für einzelne Tätigkeiten und die Berechnung von Kosten für Immobilien. Auch die Preisbildung stellt Herausforderungen insofern dar, als sie aufgrund einer bestimmten Strategie und in Abhängigkeit vom Vertragspartner erfolgen sollte.

Die größten Herausforderungen für die Zukunft sind in einer Eingliederung der Vollkostenrechnung in die Betriebskultur sowie in Überzeugungsarbeit bei externen Partnern zu sehen. Daneben ist eine laufende Evaluierung mit entsprechenden Konsequenzen erforderlich. Dies alles sollte vor dem Hintergrund einer klaren For-

schungsstrategie erfolgen. Endziel sollte die Implementierung der Vollkostenrechnung nicht nur für den Bereich der Forschung, sondern auch für die Lehre sein.

Rektor Manfred Gantner wies in seinem Kommentar auf die Probleme, mit denen sich die Universitätsleitung konfrontiert sieht, wenn ForscherInnen Forschungsgelder einwerben, hin. Es ist dabei sehr oft noch ein Beitrag der Universität (durch das Bereitstellen von Räumen etc.) zu leisten, Kosten, die ForscherInnen oft nicht sehen. Verstärkt wird das Problem dadurch, das FWF- und EU-Mittel als Indikatoren für das formelgebundene Budget von Bedeutung sind, die Universitäten also auch dadurch eine Motivation haben, sich selbst „auszubeuten“. Insofern begrüßt Gantner die Diskussion über Vollkostenrechnung.

Prof. Jürgen Mittelstraß unterstrich zunächst die Bedeutung von Forschung und Forschungsförderung auf Ebene von Institutionen, Projekten und Personen hin und betonte die Bedeutung eines „Mix“ aus diesen Elementen. Dann unterstrich er die Wichtigkeit von Entwicklungsplanung für einen sinnvollen Kosteneinsatz und warnte davor, die Universitäten ausschließlich über Projekte zu finanzieren, weil dann kein eigenständiges Forschungsprofil mehr sichtbar würde. Eine bessere Abstimmung und Koordination der Ministerien, der Förderorganisationen und der Beratungseinrichtungen in diesem Bereich könnte in jedem Fall zur Verbesserung der Situation beitragen.

Rektor Georg Winckler betonte nach Anmerkungen aus der Sicht des Ökonomen die Bedeutung der Einführung von Vollkostenrechnung. Die Gesellschaft muss sich dessen bewusst werden, was Forschung kosten kann, aber auch, was die Universitäten leisten. Die Universitäten leisten dabei einen wesentlichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum in Europa. Insofern unterstützt Winckler Vorschläge zur Umsetzung einer überarbeiteten Lissabon-Strategie für die Universitäten. 2 % des BIP sollten für den Universitätssektor aufgewendet werden.

In zwei Workshops unter Beteiligung der Referenten wurden die Themenstellungen des Vortags aus Sicht der Förderinstitutionen und der Forschungseinrichtungen vertieft und einzelne Fragen der TeilnehmerInnen beantwortet. In einer abschließenden Plenardiskussion wurden die Schlussfolgerungen und Empfehlungen dieser parallelen Workshops präsentiert.

Dabei unterstrich Westbury noch einmal die Wichtigkeit einer Vollkostenrechnung, gerade um in der Lage zu sein, eine nachhaltige Entwicklungsplanung betreiben zu

können. Strategische Planung ist von den Universitäten wie von den Forschungsförderungseinrichtungen notwendig, wobei diese sowohl eine finanzielle, als auch eine akademische Seite beinhalten muss. Die Einführung braucht Zeit, insbesondere, um den erforderlichen Kulturwandel zu bewerkstelligen. In drei Jahren müsste dies in Österreich zu machen sein, wenn man aus den Fehlern lernt, die in Großbritannien gemacht wurden. Die Kosten dort beliefen sich auf 5 – 6 Mio Pfund in 8 Jahren – ein Betrag, der in Österreich aufgrund der Größenverhältnisse vermutlich geringer wäre und wohl gut investiertes Geld wäre.

Espinasse bestätigte die Aussagen von Westbury und kam noch einmal auf die notwendigen internen Diskussions- und Informationsprozesse innerhalb der Universität zu sprechen. Es ist notwendig, eine neue Kultur und somit ein neues Kostenbewusstsein zu erreichen, wobei Widerstände sowohl von den ForscherInnen als auch aus der Verwaltung nicht unterschätzt werden dürfen. Auch sei das Verständnis sowohl der Industrie als auch von Fördereinrichtungen für entsprechende Wünsche der Universitäten nicht immer ausreichend vorhanden sei.

Überhaupt erfordert die Einführung einer Vollkostenrechnung die Zusammenarbeit aller Beteiligten, der Universitäten, des Ministeriums, der Forschungsfördereinrichtungen und der Beratungsinstitutionen wie dem Wissenschaftsrat und dem RFTE. Die Universitäten allein sind dazu nicht in der Lage, wie auch das Ministerium nicht einseitig seine Vorstellungen durchsetzen könnte.

Sh, 20.1.06